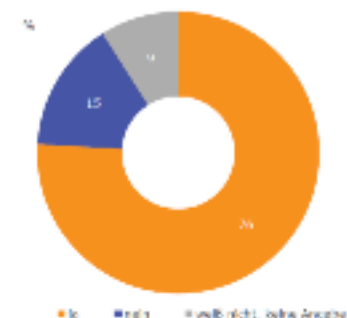




Politikschwerpunkte im Umfrage-Spiegel

Im Rahmen einer Emnid-Repräsentativbefragung zur Evaluation der Arbeit der Landtagsfraktion – durchgeführt im Oktober in Thüringen – wurden 1.000 Wahlberechtigte auch nach inhaltlichen Schwerpunktthemen quer durch das Spektrum linker Politik gefragt. Im Ergebnis belegte „Arbeitsplätze schaffen mit Löhnen, von denen man vernünftig leben kann“, unangefochten Platz 1, gefolgt von „gleiche Bildungschancen für Kinder von Anfang an“ (52%) und „Erhalt der Wirtschaftsstandorte in Thüringen“ (47%).

Nicht überraschend spielten danach die Aspekte „gute Gesundheitsversorgung“ (43%) und „bezahlbare Energiekosten“ (41%) eine große Rolle. Die beiden letzten Ränge belegten die von der Landesregierung so oft strapazierten Themen „Schuldenabbau in Thüringen“ (21%) und die „Verberechensbekämpfung“ (18%). Es zeigte sich, dass es eine überwältigende Mehrheit (60 bis 80%) dafür gibt, die Dienstleistungen, die durch die Kommunen im Sinne der öffentlichen Daseinsfürsorge erbracht werden, auch künftig durch sie zu gewährleisten. Privatisierungen werden klar abgelehnt. Bei obenstehender Grafik wird die hohe Zustimmung (76%) für die Schaffung eines thüringenweiten Verkehrsverbunds deutlich.



Die Umfrageergebnisse werden in der Fraktion intensiv analysiert und beraten. Insgesamt zeigt sich aber bereits jetzt, dass die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE mit ihrer Arbeit in den vergangenen vier Jahren weitgehend erfolgreich war und thematisch nah bei den Interessen der Thüringerinnen und Thüringer ist. So wird ihr besonders hohe Kompetenz zugeschrieben bei der Schaffung „gleicher Bildungschancen von Anfang an“ sowie „besserer Lebensbedingungen für Kinder“. Den Spitzenplatz in der Fraktionskompetenz erreicht die LINKE bei der „Bekämpfung des Rechtsextremismus in Thüringen“.

„Es gibt keine Verwaltungs- und Kreisidentität“

Nachdem die CDU in einer Nacht- und Nebelaktion - unmittelbar nach der Plenardebatte zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur Reform der Landesverwaltung am 21. November im Landtag - gemeldet hatte, den Thüringer Kommunen 136 Millionen Euro zukommen zu lassen, betonte der LINKE Kommunalpolitiker Frank Kuschel zwar die Notwendigkeit dieser Soforthilfe, allerdings erkaufe sich die CDU damit nur einen Aufschub bis nach den Kommunal- und Landtagswahlen 2014.

„Notwendig wäre, diese zusätzlichen Gelder mit konkreten Vorgaben für eine Neustrukturierung der Kommunalverwaltung zu koppeln, alles andere ist ein pures Wahlkampfgeschenk auf Kosten des Landeshaushalts.“ Als bedenklich bezeichnete es Frank Kuschel, dass die SPD ihre vernünftigen Forderungen nach einer zeitnahen Verwaltungs- und Gebietsreform offenbar erneut dem Koalitionsfrieden geopfert habe. Auch aus parlamentarischer Sicht seien die Vorgänge inakzeptabel, „handelt es sich doch um Geld aus dem Landeshaushalt und nicht aus der Parteikasse der CDU“. Die LINKE hat umgehend eine Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses beantragt und die Vorlage eines Nachtragshaushalts gefordert.

In seiner Rede zur Regierungserklärung hatte Frank Kuschel u.a. die

„längst überholte Dreistufigkeit“ der Landesverwaltung massiv kritisiert. Diese Mittelbehörden könne „niemand tatsächlich kontrollieren“. Zum Schluss entscheide ein Beamter im Landesverwaltungsamt über das Wohl und Wehe der Gemeinden, z.B. wenn Landkreise Zwangsvollstreckungen von Kommunen beantragen, wie es - wegen nicht gezahlter Kreisumlagen - jetzt mehrfach passierte.

Der Landespolitiker verwies auf die Reform-Vorstellungen der Linksfraktion mit einer Zweistufigkeit der Verwaltung und der Umwandlung der Landkreise in Regionalkreise - „ausschließlich vom Land finanziert, was das Konfliktpotential mit den Gemeinden herausnimmt“.

Chance, ein Zukunftsprojekt auf den Weg zu bringen, vertan

Die Verwaltungsgemeinschaften nannte der Abgeordnete der Linksfraktion ein Auslaufmodell. Diese seien nicht in der Lage, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Und sehr fraglich sei auch das Gestaltungspotential der 600 Gemeinden in Thüringen mit weniger als 1.000 Einwohnern, so Frank Kuschel. Er unterstrich: „Die kulturelle Identität der Bürgerinnen und Bürger ist nicht abhängig von Verwaltungsstrukturen.“ Sie seien vielmehr daran interessiert, inwieweit Versorgungs- und Kultureinrichtungen erreichbar seien oder ihre Mobilität gewährleistet sei. „Es gibt keine Verwaltungs- und Kreisidenti-

tät. Die Menschen identifizieren sich mit ihren Städten und Gemeinden, „wo sie leben“. „Kulturelle Identität macht sich nicht an allgemeinen Verwaltungsstrukturen fest, davon sind wir überzeugt“, so der LINKE Kommunalexperte.

Mit Bezug auf die unmittelbar vor seiner Rede gehaltene Regierungserklärung von Christine Lieberknecht stellte Frank Kuschel die Frage, ob es es den Zusammenhang von Bürgernähe und Demokratie mit kleinen Strukturen wirklich gebe. Vielmehr seien durch die Vielzahl von Gemeindegliederungsmaßnahmen, die in jüngster Zeit vorgenommen wurden, „neue Konflikte geschaffen“ worden.

Und vor allem habe die Landesregierung „die Chance vertan, für die letzten Monate ein Zukunftsprojekt auf den Weg zu bringen“. Um deutlich zu machen, dass „diese Koalition sich gegenseitig blockiert - dazu bedurfte es keiner Regierungserklärung“.

Dass Frank Kuschel es zudem gewagt hatte, von einem „Höchstmaß an Realitätsverlust“ zu sprechen, das ihn an die Zeit vor 1989 erinnere - dabei seien doch „die Menschen bereit für Reformen“ - sorgte insbesondere für heftige Zwischenrufe aus den Reihen der CDU.

Wie allerdings Frau Lieberknecht in ihrer Reaktion im Landtag auf die Idee kam, „Herr Kuschel“ habe den „Weltschmerz des 20. und 21. Jahrhunderts vorgetragen“, bleibt wohl ihr Geheimnis.

Solidarität und heißer Kaffee aus roten Thermoskannen

Am Morgen vor Beginn der Landtagssitzung am 22. November hatten Beschäftigte des Einzelhandels vor dem Landtag in Erfurt protestiert. Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, die zu den Demonstranten gesprochen hatte, verwies auf den am Vortag im Landtag „zurecht gescheiterten FDP-Vorstoß zur Aufweichung des Ladenöffnungsgesetzes“ und bekräftigte die Forderungen nach Wiederinkraftsetzung des Manteltarifvertrages. Die Linksfraktion stand - wie jedes Mal - solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Mit heißem Kaffee



aus roten Thermoskannen und Worten der Solidarität gab es Unterstützung durch zahlreiche Abgeordnete der Linksfraktion, darunter Bodo Ramelow, Ute Lukasch - die als neue Abgeordnete der LINKEN ihre ersten Landtagssitzungen „absolvierte“ - und Karola Stange. Einen Euro mehr

pro Stunde und die Sicherung ihrer bisherigen Arbeitsstandards fordern die Einzelhandelsbeschäftigten. Dennoch lehnen es die Arbeitgeber derzeit ab, auch nur ein ernsthaftes Angebot vorzulegen.

„Die starre Position der Arbeitgeber lässt eine weitere Verlängerung des Tarifkampfes erwarten. Die LINKE wird solidarisch an der Seite der Beschäftigten stehen, bis ein vernünftiger neuer Tarifabschluss vorliegt. Es liegt allein an den Arbeitgebern, ob der Tarifkampf auch das diesjährige Weihnachtsgeschäft betreffen wird. Denn Thüringen braucht Gute Arbeit mit guten Löhnen in allen Branchen“, so Ina Leukefeld.

Foto: Stefan Wogawa